Thorner Presse.

Abonnementspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährl. 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.
Ausgabe
täglich 6½ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Invalidendank" in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 56. Donnerstag den 7. März 1895. XIII. Jahrg.

* Frankreich
und die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals.

Die französische Regierung hat die Einladung des deutschen Kaisers zur Eröffnung des Nordostseekanals angenommen. Sie wird zwei Panzerschiffe und einen Aviso unter dem Kommando des Kontreadmirals Alquier dahin entsenden. Wir haben von vornherein nicht daran gezweifelt, daß die französische Regierung die Einladung annehmen würde. Unseres Erachtens ist von der Thatsache, daß auch an die französische Regierung eine Einladung ergangen ist, zuviel Wesens gemacht worden. Es war darin garnichts Auffälliges. Auffällig wäre es vielmehr gewesen, wenn Frankreich nicht eingeladen worden wäre. Die Eröffnungsfeier sollte eben nicht en famille begangen werden, sondern einen internationalen Charakter tragen. Es sind daher alle europäischen Mächte eingeladen worden. Hätte man Frankreich allein ausnehmen sollen? Es wäre das jenseits der Vogesen als eine feindliche Demonstration empfunden worden. Die französische Chauvinistenpresse hat sich ja in ihrem wilden Eifer mit dem üblichen Phrasensystem gegen die Betheiligung Frankreichs an der Kanaleröffnung ausgesprochen. Welchen Lärm würde aber dieselbe Presse geschlagen haben, wenn Frankreich ganz allein ausgeschlossen worden wäre! Es würde wahrscheinlich nicht an Stimmen gefehlt haben, die darin so etwas wie eine Kriegserklärung erblickt hätten. Die Herstellung des Nordostsee-Kanals ist in erster Linie ein großes civilisatorisches Werk. Dem Seeverkehr wird damit ein neuer Weg eröffnet, dem Welthandel ein weiteres Hinderniß aus der Bahn gerückt. Gewiß haben strategische Interessen mitgesprochen, aber das ändert nichts an dem internationalen Charakter des großen Werkes, nichts an der Thatsache, daß dasselbe allen seefahrenden Nationen zu Gute kommt. Welchen Sinn hätte es da gehabt, wenn die französische Regierung die Einladung hätte ablehnen und mürrisch bei Seite stehen wollen. Das alberne Geschwätz der Chauvinistenpresse wird wohl jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen ist, verstummen. Jedenfalls wird sich in der französischen Kammer keine Mehrheit finden, welche das Kabinet wegen Annahme der deutschen Einladung zum Fall bringt.

** Die Unruhen auf Kuba.

Die gegenwärtigen Unruhen auf Kuba sind, wie alle früheren, die Wirkung zweier Ursachen: der Unzufriedenheit vieler Bevölkerungskreise mit der Herrschaft des Mutterlandes, und der Vorschubleistung von Außen her. Kuba sträubt sich gegen das Bevormundungssystem, welchem es unterworfen ist, und strebt nach einer Art von Selbstverwaltung, wie es, mit Ausnahme Indiens, heutzutage alle großen englischen Kolonialreiche genießen. Da aber von dem Augenblicke an, wo Kuba seine administrative Selbstständigkeit erreichte, es aufhören würde, eine Einnahmequelle für den spanischen Staatsschatz zu bilden; andererseits aber Spaniens Finanzen wesentlich mit auf diese Einnahmequelle angewiesen sind, so erklärt es sich, daß und warum man in Madrid bis auf den heutigen Tag von einer Befriedigung der kubanischen Forderungen nichts hat hören wollen. Eben jetzt ist in der spanischen Deputirtenkammer zwar eine Vorlage, betreffend die Gewährung von Reformen auf Kuba durchgegangen, allein es erscheint fraglich, ob die darin gemachten Zugeständnisse der kubanischen Hormerulepartei genügen. Diese ganze Frage scheint zudem durch den Ausbruch der aufständischen Bewegung einstweilen überholt und in den Hintergrund gedrängt, da jedes Entgegenkommen der Madrider Regierung unter diesen Umständen als Zeichen der Schwäche gedeutet werden und zu moralischer Ermuthigung der Insurgenten führen dürfte. Die vollständige Unterdrückung des Aufstandes ist daher das nächste von Spanien betreffs seines kubanischen Besitzes ins Auge zu fassende Ziel. Wie es um die Erreichung desselben in Wirklichkeit stehen wird, läßt sich einstweilen nicht sagen. Es liegt auf der Hand, daß man in Spanien ein Interesse daran hat, den kubanischen Zwischenfall als möglichst belanglos hinzustellen; umgekehrt verrathen die auf dem Umwege über die Vereinigten Staaten kommenden Meldungen das deutlich erkennbare Streben, die kubanische Verwickelung in ernstere Beleuchtung zu rücken. Nach der Monroedoktrin gehört Kuba zu der Machtsphäre der nordamerikanischen Union, und es giebt drüben wohl kaum einen Politiker, der nicht wenigstens im Stillen daran festhielte, daß Kuba s. Z. dem Unionsverbande als reife Frucht in den Schooß fallen werde und müsse. Wenn auch Amerika bei früheren Aufständen nicht offen für Kuba eingetreten ist und auch jetzt wohl offiziell die gebotene Zurückhaltung bewahren wird, so giebt es doch, wie das Auslaufen eines amerikanischen Flibustierschiffes nach dem Schauplatze des Aufstandes zeigt, Mittel und Wege, um dem Thatendrang unternehmungslustiger Parteigänger unter der Hand Genüge zu leisten. Hierin liegt jetzt, wie bei allen früheren Aufständen, der wunde Punkt für Spanien. Es muß den Aufstand niederwerfen, ehe er Zeit hat, sich zu einer Haupt- und Staatsaktion auszuwachsen. Es muß dies um so mehr, als seine materiellen Mittel kaum ausreichen dürften, um sich den Luxus zweier gleichzeitig schwebender Probleme, Kuba und Marroko, zu gestatten. Käme Spanien auf Kuba in ernstere Verlegenheit, so dürfte auch Marroko bald genug wieder schwierig werden.

Politische Tagesschau.

Der Kaiser soll die Absicht geäußert haben, an den bevorstehenden Verhandlungen des engeren Ausschusses des Staatsraths so oft wie möglich selbst theilzunehmen. Für die Berathungen des Staatsraths ist eine Dauer von 14 Tagen in Aussicht genommen.

Der „Berliner Aktionär" schreibt: „Besorgt um drohende Verluste und bestrebt, sich ergebende Vortheile sicher zu stellen, hat sich in jüngster Zeit eine Anzahl von Beamten, welche in vierprozentigen preußischen Konsols Kautionen gestellt haben, an den Finanzminister mit der Bitte gewandt, ihnen den Umtausch der vierprozentigen Konsols in Dreiprozentige zu gestatten. Die Bitte ist einfach abgelehnt worden. Ist die Ablehnung auch ohne weitere Motivirung erfolgt, so ist aus derselben doch wohl zu schließen, daß eine Kündigung bezw. Konvertirung der preußischen vierprozentigen Konsols in absehbarer Zeit nicht zu erwarten steht."

Die „Hamb. Nachr." kommen jetzt zu dem Schluß, daß wenn einmal der Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen war, es auch nothwendig gewesen sei, einen solchen auch mit Rußland abzuschließen. Ferner erklären die „Hamburger Nachrichten" die Ausführung des „Figaro", Deutschlands Interesse in Afrika bestehe darin, dort England in Schach zu halten, aber nicht Frankreich, auch für ihre eigene Ansicht. Es würde im Interesse der deutschen Politik liegen, sich über afrikanische Verhältnisse zuerst mit Frankreich und demnächst in Gemeinschaft mit diesem mit England zu verständigen.

Nach einer Meldung aus Rom wurde Giolitti wegen Unterschlagungen von Urkunden vernommen. Er bestritt die Kompetenz des Gerichtshofes, gab aber Auskunft im Interesse der angeklagten Beamten, durch die er in den Besitz der Tanlongo gehörenden Urkunden gekommen sei, besonders über die Quittung von 60000 Lire, die Contori ausgestellt habe.

Der „Gaulois" schreibt über die Theilnahme Frankreichs an den Kieler Festlichkeiten: „Sich über unsere Theilnahme an den Festlichkeiten in Kiel wundern, heißt, für die Beziehungen aller Mächte kein Verständniß haben. Da übrigens unsere russischen Freunde nach Kiel kommen, ist unser Platz an ihrer Seite." Einzelne Blätter, besonders „Libre parole", „Lanterne" und „Gil Blas" fahren fort, die Annahme der Einladung zu bedauern. „Eclair" sagt: „Die ostentative Theilnahme Seite an Seite der russischen und französischen Freunde an den Festlichkeiten in Kiel sei eine genügende Antwort für Diejenigen, deren Patriotismus so weit gehe, in der von Frankreich getroffenen mannhaften Entscheidung ein Anzeichen des Vergessens zu erblicken."

Der „Pol. Korr." wird aus Belgrad gemeldet: Die vor einigen Monaten mit Genehmigung der türkischen Regierung und des ökumenischen Patriarchen in Ochrida eröffnete serbische Schule wurde geschlossen, worüber in der serbischen Bevölkerung große Aufregung herrscht. — Der Ministerrath beschloß nach Rückkehr des Königs die Festsetzung der Skupschtinawahlen für die erste Woche des April vorzuschlagen. Die Skupschtina wird in Nisch tagen.

Aus Shanghei wird gemeldet, daß die Friedensverhandlungen sofort, nachdem die Vollmachten der chinesischen Gesandten anerkannt sind, in Hiroshima, woselbst der Mikado und seine Minister weilen, beginnen werden.

Gjäla.

Erzählung von Oskar Höcker.

Nachdruck verboten.

(16. Fortsetzung.)

„Ich ließ die Sache wieder auf sich beruhen — bis ich bei der Kontrole am letzten April meine früheren Kameraden wiedersah. Die hänselten mich, weil ich keine Charge bekommen hatte — und so erzählte ich ihnen den Vorfall. Da hörte ich denn, daß es keinem von ihnen anders ergangen war; nur waren sie so klug gewesen, über diese Unregelmäßigkeit der Ablehnung den Mund zu halten."

„Was wollen Sie damit sagen? Warum erzählen Sie mir den albernen Klatsch?"

„Ei, ist es denn nicht merkwürdig, daß in dem letzten Jahrgang hundertelf Mann gerade aus unserm Bezirke ihre Uebungs- und Montirungsgelder mit einer zehnmonatlichen Verspätung bekommen haben?"

„Wer behauptet das? Was ist das wieder für eine nichtswürdige, elende Verleumdung!"

„Ach, sollen die hundertelf Küstenwehrleute und Reservisten, deren Aussage ich gesammelt habe, wirklich alle mir zu Liebe gelogen haben?"

Hauptmann Bang war aschfahl geworden. Er preßte die Lippen fest aufeinander und warf seinem Ankläger einen furchtbaren Blick zu.

„Noch merkwürdiger ist der Umstand, daß der Herr Hauptmann die Leute im vorigen September — kurz vor der Jahresabrechnung, bei der doch die Quittungen der Mannschaften vorliegen mußten — einzeln auf sein Bureau bestellt hat, um ihnen mitzutheilen: durch ein Versehen des Zahlmeisters sei der ihnen zustehende Betrag von 22 Kronen u. 15 Oer nicht rechtzeitig an sie ausgezahlt worden — er, der Bezirkshauptmann, habe dieserhalb schon viele Scherereien gehabt — —"

„Und das beruht auf Wahrheit!" donnerte der Hauptmann Bang dazwischen. „Bursche, was untersteht er sich, hier für Andeutungen zu machen!"

„Nein, Herr Hauptmann, auf dem Zahlmeisteramt ist kein Irrthum vorgekommen! Das weiß ich nun ganz genau. Denn Niels Larson, der Zahlmeister des Oberkommandos, mit dem ich mich daraufhin bekannt gemacht habe, hat mir erwidert: es sei eine infame Verleumdung, was der Bezirkshauptmann Bang über ihn und seine Geschäftsführung gesagt habe! Pünktlich am vorgeschriebenen Tage seien die Gelder wie allemal an ihn abgegangen!"

Thormund Bang stand mit geballten Fäusten und keuchendem Athem vor dem jungen Burschen, der seine gleichmüthige Ruhe während der ganzen Auseinandersetzung noch keinen Augenblick verloren hatte. „Und wagst Du es, Du Bandit, mich einer Unehrlichkeit zu zeihen?"

„Das wird ja die vorgesetzte Behörde entscheiden. Jedenfalls ist der Umstand ganz besonders merkwürdig, daß all die Leute, denen die Gelder um fast ein Jahr zu spät ausgezahlt worden sind, Quittungen mit zurückgeschobenem Datum unterschreiben mußten!"

„So — das sagen sie, die Hunde?!"

„Ja, alle, die ich auf der Kontrole gesprochen habe. Christian Mohr, Rasmus Wallem, Burkerud, Gudbrand, Nortorf und sie alle — alle!" Und Rasmus Wallem, der in seinem Civilberuf die Posthalterei führt, sagt, es sei eigenthümlich, daß der Herr Hauptmann sich der schon seit zehn Monaten fälligen Zahlungen erst erinnert habe, als er — kurz vor der Revision — eine private Geldsendung im Betrage von über zweitausend Kronen erhalten habe!"

Bang vermochte nicht mehr an sich zu halten. Mit einem heisern Aufschrei stürzte er sich auf den triumphirenden Ankläger — doch in demselben Augenblicke klang von der See her ein langgezogenes Signal, das an den Felswänden im Fjord ein vielfaches Echo wachrief. Die Hände des alten Offiziers sanken schlaff herab — seine blutroth gewordenen Augen starrten durchs Fenster: hinter der äußersten Schärenflur ward eine lange Dampfwolke sichtbar — ein Schornstein ein Schiffsrumpf . . . Das Postschiff bog in den Fjord ein, in einem weiten Bogen auf Tjong lossteuernd! — Ein Zittern überlief die Gestalt Thormund Bangs. Auch Vinjes Blicke schweiften über den Fjord hin — und auf seinen Lippen zeigte sich ein cynisches Lächeln.

„Das Schiff! Das Schiff!" rief der Unteroffizier droben im Bureau, die Thür öffnend und über den Gang eilend, um seinen Vorgesetzten zu suchen. Der Bursche, der wieder geduldig auf seinem Koffer saß, sprang erschrocken empor und eilte, den Ruf aufnehmend, nach dem Stall.

„Jörgen Vinje," nahm der Hauptmann tonlos endlich wieder auf, „Sie haben die Stirn — einen alten Beamten, der nahezu dreißig Jahre dem vereinigten Königreich treu und redlich gedient hat, wegen eines nichtswürdigen Geschwätzes in . . . Ungelegenheiten zu bringen, in eine . . . Untersuchung?"

„Ja wohl, Herr Hauptmann!"

„Wissen Sie auch, daß Sie streng bestraft werden, wenn sich Ihre Anklage als unbegründet erweist?"

„Ach, ich war diesmal vorsichtig. Meine Zeugen haben mir die Wahrheit ihrer Aussagen durch ihre Unterschriften bestätigt. Auf bloßes Gerede hin hätte ich die Anklage nicht abgesandt."

„Sie haben sie — abgesandt . . .?!"

„Ja. Und diesmal nicht an das Oberkommando, das meine Anklage im vorigen Jahr so schlankweg niedergeschlagen hat, sondern an das Reichsgericht in Christiania — die oberste Instanz!"

„Bube!" schrie Thormund Bang, fassungslos und am ganzen Körper zitternd, auf.

„Und was ich nicht genau wußte, was nur Vermuthung war — gab ich nicht schriftlich von mir; ich werde es aber in Christiania mündlich vortragen: daß ich glaube, der Herr Hauptmann Bang zu Tjong habe die Summe von zweitausend Kronen am Tage des Untergangs des „Hindal" aus der Militärkasse entwendet, um seiner Geliebten zur Flucht zu verhelfen!"

Abermals erhob Thormund Bang in wilder Verzweiflung die Fäuste. Jörgen Vinje machte keine Miene, dem Angriff auszuweichen. Seine starren, scharfen, durchbohrenden Blicke hielten den Hauptmann aber wie unter einem Bann.

„Daß Fräulein Blytt das Geld noch rechtzeitig — gerade ein paar Tage vor der Revision — zurückgeschickt hat, ändert an der Sache nichts," fuhr der Bursche unbeirrt fort, „das Verbrechen der Fälschung bleibt bestehen!"

Thormund Bang war kraftlos auf eine Bank am Fenster hingesunken. Die Thüre, die vom Flur hereinführte, ward aufgerissen. Der Unteroffizier erschien auf der Schwelle.

„Soeben legt das Schiff an, Herr Hauptmann! Der Wagen steht draußen — das Gepäck ist aufgeladen!"

Man vernahm das zweite Signal vom Hafen her. Der Hauptmann erhob das Haupt und sandte einen wirren, unruhigen verzweifelten Blick nach dem Bollwerk. Die klare Luft führte den Klang der Schiffsglocke hierher — man vernahm das Wiehern und Stampfen der vor dem Haus harrenden Pferde.

(Fortsetzung folgt.)

Die in Wei-hai-wei eroberten chinesischen Kriegsschiffe sind in Yokohama angekommen; auch die Aussichten auf Hebung der in Wei-hai-wei zum Sinken gebrachten Schiffe sind günstig. Die Japaner haben Schantung und Wei-hai-wei nach Zerstörung der Forts verlassen.

Aus Panama wird gemeldet: Die kolumbischen Regierungstruppen wurden in Cucuta von den Rebellen geschlagen. Die Rebellen bemächtigten sich der Stadt. Achthundert Mann wurden auf beiden Seiten getödtet. Das Pulvermagazin ist in die Luft geflogen, viele Häuser wurden vernichtet.

Aus Havanna wird berichtet: Die gesammten Banden der Rebellen hätten sich bei Jagncy Grande mit ihrem Führer Marrero ergeben. Nach allgemeiner Ansicht sei der Aufstand im Distrikt von Matanzas beendet. Die Rebellen zu Santiago verloren sichtlich an Macht.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 5. März 1895.

Das Haus setzte die Etatsberathung mit der Spezialetat dem Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung fort.

Abg. Graf Strachwitz (Ctr.) empfahl Herabsetzung des Preises für oberschlesische Fettkohle zur Stützung der schwer darniederliegenden oberschlesischen Eisenindustrie. Minister v. Berlepsch erwiderte, daß eine Preisherabsetzung der Fettkohle der Eisenindustrie wenig nützen würde. Die gedrückten Verhältnisse der oberschlesischen Industrie hätten ihre Ursache in der allgemeinen wirthschaftlichen Lage. Abg. Graf. Limburg (kons.) meinte, diese Lage sei durch die Handelsverträge verschuldet. Abg. Gothein (frs. Vg.) führte dagegen an, daß der russische Handelsvertrag für Schlesien große Vortheile gebracht habe und verwandte sich dann für einen Ersatz des Harzer Silberbergbaues durch andere Industrien. Der Minister erwiderte, daß die Lage des Harzer Silberbergbaues keineswegs eine so verzweifelle sei, daß man daran denken müßte, ihn aufzugeben. Ferner bedauerte der Minister die vorjährige Ablehnung der Kalivorlage. Abg. v. Mendel (kons.) wünschte, daß die Staatswerke aus dem Kali-Syndikat ausscheiden, wenn dasselbe der Landwirthschaft billigere Preise versage. Minister v. Berlepsch vertheidigte das Kali-Syndikat. Jedenfalls solle aber die Verlängerung des Syndikats nur unter der Voraussetzung von Zugeständnissen an die Landwirthschaft erfolgen. Abg. Dr. Arendt (frk.) trat im Interesse des Harzer Silberbergbaues für die Doppelwährung ein. Abg. Bueck (nl.) vertrat dagegen die Goldwährung. Die Regierung, die ohne Noth den Anstoß zu einer neuen Silberkonfernz gebe, verscherze damit das Vertrauen ihrer besten Freunde. Abg. v. Waldow (kons.) und von Tiedemann-Bomst (frk.) dankten dagegen dem Reichskanzler für seine im Reichstage abgegebenen bezüglichen Erklärungen.

Weiterberathung morgen.

Deutscher Reichstag.

52. Sitzung am 5. März 1895.

Die Berathung des Militäretats wird fortgesetzt bei dem Kapitel Militär-Justizverwaltung.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf kommt auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel zurück und weist darauf hin, daß die Sozialdemokraten ja noch gar nicht wüßten, ob sie nicht noch einmal den Werth des Begnadigungsrechts der Krone erkennen würden. Der vom Abg. Bebel gestern angeführte Vorfall in der Hamburger Dampfbahn liege so, daß der Offizier insultirt worden sei und erst, als der Betreffende sich geweigert habe, sich zu entschuldigen, ihm einen Denkzettel verabreicht habe. Wenn in dem Bericht des „Vorwärts" bei der Rede Bebels an dieser Stelle sich der Vermerk finde (Ruf bei den Sozialdemokraten: Feigheit!), so könne er nur sagen, das sei eine Feigheit, wenn unter dem Schutze der Redefreiheit Abwesende so angegriffen werden. (Beifall rechts.) Weiter verwahrt sich der Minister dagegen, daß der Abg. Abg. Bebel von seiner Naivität gesprochen habe. Einem jungen Mädchen gegenüber möge das schmeichelhaft sein, bei einem Mann in seinem Alter aber bedeute das kindlich oder kindisch. Er bittet sich ihm gegenüber etwas maßvoller zu verhalten.

Abg. Beckh (frs. Vp.) fragt nach dem Stande der Reform der Militärstrafprozeßordnung.

Abg. Bebel (Soz.) bemerkt, daß es mit der parlamentarischen Kritik überhaupt vorbei wäre, wenn man darauf verzichten wolle, Abwesende anzugreifen. Etwas Beleidigendes gegen den Minister oder andere sei in der gestrigen Sitzung nicht vorgekommen, sonst würde der Präsident seines Amts gewaltet haben. v. Vollmar habe übrigens in der bayer. Kammer weit schärfere Worte unwidersprochen gebraucht. Präsident v. Levetzow bemerkt, daß er gestern nicht präsidirt habe; wenn hier aber auf eine namhaft gemachte Person der Ausdruck „Feigheit" angewendet worden sei, so sei das eine Beschimpfung, die er nicht geduldet habe würde. (Beifall.) Abg. Bebel bemerkt weiter dem Minister, daß die Sozialdemokraten niemals und zu keiner Zeit Gnade, sonder nur Recht verlangten. Wenn ein Offizier über einen wehrlosen Mann mit dem Säbel herfalle, so könne man sich nicht wundern, wenn der Ausruf „Feigheit" ertöne. Solche Fälle bewiesen, daß zwischen militärischem und bürgerlichem Staat klaffende Gegensätze beständen. Redner fragt weiter, was aus der im vorigen Jahre angenommenen Resolution auf Veröffentlichung einer Statistik über die Militärstrafsachen geworden sei? Redner bringt dann eine Reihe von Soldatenmißhandlungen zur Sprache. Der Geist der Armee werde ein besserer werden, wenn man die Soldaten als Kulturmenschen behandle.

Abg. Lenzmann (frs. Vp.) befürwortet eine baldige Reform der Militärstrafprozeßordnung nach der Richtung, daß Oeffentlichkeit und Mündlichkeit dem Verfahren zu Grunde gelegt werden. Es scheine jetzt an höherer Stelle gegen die Reform Widerspruch erhoben worden zu sein. Nothwendig sei auch eine Verbesserung des Beschwerderechts.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf erklärt, daß er von seinem Posten zurücktreten werde, wenn er erkennen sollte, daß ihm zur Durchführung der Militärstrafprozeßordnung die Kraft fehlen sollte. Augenblicklich bilde dieselbe im Preußischen Staatsministerium den Gegenstand eines Notenwechsels. Vom Abg. v. Vollmar könne er nicht glauben, daß derselbe in der bayerischen Kammer einem abwesenden Offizier Feigheit vorgeworfen habe. Die Zahl der Soldatenmißhandlungen verringere sich mehr und mehr, sie ganz auszurotten, werde kaum gelingen. In der Presse werde übrigens unendlich viel gelogen, entstellt und übertrieben, und auch Herr Bebel sei zu leichtgläubig und nehmen gern alles für baare Münze.

Abg. v. Vollmar (Soz.) erklärt, er habe in der bayerischen Kammer gesagt, er könne sich in der Welt nichts Ehrloseres denken, als wenn ein Offizier einen wehrlosen Soldaten mit Bewußtsein mißhandle. Redner verbreitet sich über die Mängel unserer Beschwerdeordnung und wünscht Auskunft, ob die Soldaten berechtigt seien, im Fall einer Beschwerde sich bei anderen Personen Rath zu holen, auch, ob eine Beschwerdepflicht bestehe, und ob es sich nicht empfehle, eine Beschwerdeordnung für Offiziere einzuführen. Die Soldatenmißhandlungeu führt Redner auf die außerordentlichen Ueberanstrengungen, namentlich bei der Rekrutenausbildung zurück. Auf diese Weise drücke jeder Vorgesetzte auf den Hintermann, und dieser Druck mache sich im stärksten Maße nach unten bemerkbar.

Minister Bronsart v. Schellendorf erwidert, daß ein Verbot für die Soldaten, bei Beschwerden sich bei anderen Personen Rath zu holen, nicht bestehen, auch früher nicht bestanden habe. Auf jeder Mannschaftsstube befänden sich Instruktionsbücher, aus welchen sich die Mannschaften übrr ihr Beschwerderecht informiren können. Eine Beschwerdepflicht habe nie bestanden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Kardorff (Rp.) von Roon (k.) und Bebel wird die Debatte geschlossen und das Kapitel bewilligt.

Die Position betreffend einen Kommandanten in Altona, welche die Budgetkommission zu streichen beantragt, wird auf Antrag der Abgg. Dr. Schädler und Enneccerus (nl.) an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Hierauf wird die Berathung abgebrochen.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Berathung der Anträge, betr. die Einwanderung ausländischer Juden, in Verbindung mit dem Antrag Hasse u. Gen. betr. den Verlust und Erwerb der Reichsangehörigkeit; und Antrag der Soz.-Dem. betr. das Koalitionsrecht.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. März 1895.

— Se. Majestät der Kaiser traf heute Vormittag 9 Uhr in Oldenburg ein, woselbst er vom Großherzog empfangen wurde. Um 10½ Uhr setzte der Kaiser die Reise nach Wilhelmshaven fort, wo die Ankunft kurz vor 12 Uhr mittags erfolgte. Bald darauf fand in Gegenwart des obersten Kriegsherrn die Vereidigung der Marine-Rekruten statt. Morgen begiebt sich der Kaiser nach Helgoland und Brunsbüttel.

— Der „Schles. Ztg." wird „von zuverläßiger Seite" bestätigt, daß der Kaiser bei dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages zu dem Abg. v. Manteuffel „starke Bedenken hinsichtlich der Durchführbarkeit des Antrages Kanitz geäußert hat, jedoch nicht in dem Sinne, als ob der Kaiser diesen Antrag von vornherein als unmöglich bezeichnet hätte."

— Der Herzog und die Herzogin Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg werden heute Abend um 8 Uhr 40 Min. zum Besuche am hiesigen Hofe in Berlin eintreffen und im königlichen Schlosse Wohnung nehmen.

— Der Sohn des Reichskanzlers, Legationsrath Prinz Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst, hat sich, der „Frankf. Ztg." zufolge, mit der verwittweten Fürstin Emanuela von Solms-Braunfels, geborenen Prinzipessa von Tricase-Moliterno verlobt.

— In miltärischen Kreisen verlautet, daß der kommandirende General des 11. Armeekorps, General der Infanterie, von Wittich, bald zu einer hervorragenden Stelle in Berlin werde berufen werden.

— Zu dem Dementi der „Post" in Sachen Köller-Stolberg bemerkt die „Schlesische Zeitung", „daß das Dementi der „Post" allerdings insofern zutreffen mag, als der Minister dem Grafen Stolberg nicht sein Mißfallen ausgesprochen hat; ebenso fest steht aber, nach Mittheilungen, welche uns von durchaus zuverläßiger Seite zugehen, daß Graf Stolberg wegen seines Auftretens in der Wahlbewegung in Lyck-Oletzko-Johannisburg von dem Minister des Innern zur Abgabe von Erklärungen aufgefordert worden ist." Nach dem „Volk" hat Graf Stolberg sogar erwartet, daß er zur Disposition gestellt werden würde.

— Zum Redakteur des „Reichs- und Staats-Anzeigers" ist an Stelle des verstorbenen Direktors Dr. Klee der Redaktionshilfsarbeiter und bisherige stellvertretende Redakteur Siemenroth ernannt worden.

— Der Magistrat von Rostock beschloß, den Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage zum Ehrenbürger zu ernennen.

— Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Berlin: „Die von einigen Blättern verbreitete Nachricht, das Zentrum habe dem Seniorenkonvent mit Skandal gedroht, wenn der Reichstagspräsident v. Levetzow eine gemeinsame Kundgebung des Reichstages zum 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck anrege, ist erfunden."

— Herr von Kardorff bestätigt in einer Zuschrift an die „B. N. N.", daß der ihm bei den Staatsrathsverhandlungen zugedachte Bericht über den Antrag Kanitz auf seine Bitte einem anderen Berichterstatter übertragen worden ist.

— Die Stichwahl für Schmalkalden-Eschwege ist auf den 14. März festgesetzt.

— Die polnische Landtagsfraktion beantragte im Abgeordnetenhause, die Staatsregierung solle die thunlichst baldige Aufhebung des Ansiedelungsgesetzes für Posen und Westpreußen in die Wege leiten.

— Die Justizkommission des Reichstags trat am Montag in die Berathung des zweiten Theils der Justiznovelle ein, welche die Abänderung der Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 betrifft. Eine längere Debatte knüpfte sich zunächst an die §§ 7, 8 und 9, welche das Forum betreffen. Die Abgg. Munckel und Lenzmann (fr. Vp.) hatten jeder einen Antrag gestellt, wonach dem § 7 ein zweiter Absatz angefügt werden soll, dahin lautend, daß Preßvergehen nur in dem Orte abgeurtheilt werden können, an welchem die Druckschrift erschienen ist. Da die anwesenden Regierungsvertreter im Prinzip mit den Anträgen einverstanden waren, jedoch Bedenken gegen die vorgeschlagenen Formulirungen hatten, wurde eine Subkommission, bestehend aus 5 Herren, gewählt, welche unter Zuziehung von Regierungskommissaren einen bezüglichen Antrag formuliren soll.

— In der Justizkommission des Reichstages wurde am Dienstag die Berathung der Novelle zur Strafprozeßordnung fortgesetzt. Der neu vorgeschlagene § 8a (der Gerichtsstand ist auch bei demjenigen Gericht begründet, in dessen Bezirk der Beschuldigte ergriffen worden ist) wurde mit 18 gegen 1 Stimme angenommen, desgleichen der neuformulirte § 9, wonach das Reichsgericht das zuständige Gericht bestimmt, wenn der Ort, an welchem die Strafthat begangen ist, im Auslande gelegen oder nicht vermittelt ist. — Im § 23 ist von dem Ausschluß der Richter in höherer Instanz die Rede, welche in einer niederen Instanz oder bei der Untersuchung mitgewirkt haben. Absatz 3 des Paragraphen lautet: „An dem Hauptverfahren vor der Strafkammer dürfen mehr als zwei von denjenigen Richtern, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben und namentlich der Richter, welcher Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, nicht theilnehmen." — Dem Vorschlage der Regierung entsprechend, wurde mit 11 gegen 9 Stimmen beschlossen, diesen dritten Absatz von § 23 des bestehenden Gesetzes zu streichen.

— In der heutigen Sitzung des Landwirthschaftsraths wurde Minister von Hammerstein lebhaft begrüßt. Er hielt folgende Ansprache: Der Landwirthschaftsrath nehme infolge der Leidenschaftslosigkeit und Gründlichkeit in seinen Verhandlungen, namentlich über die Agrarfrage, in letzterer eine autorative Stellung ein. Diesem Umstand sei es zu verdanken, daß der Rath selbst in dieser kritischen Zeit die Agrarfrage mit größter Schnelligkeit behandle und daß die Bundesregierungen die Verhandlungen mit großem Interesse verfolgten. Die Regierung würde die Beschlüsse des Raths gewissenhaft prüfen und soweit wie möglich befolgen. (Beifall.) Freiherr von Erffa berichtet alsdann über die Maßregeln zur Hebung der Getreidepreise. Der niedrige Zollsatz an sich verschulde nicht die niedrigen Getreidepreise, die Hauptursache seien die billigen Frachtsätzen für ausländisches Getreide, die Ueberproduktion des Auslandes und die minderwerthige Valuta des Auslandes. Am meisten überschwemmen Deutschland Argentinien, Amerika und Rußland. Von einer internationalen Doppelwährungskonferenz nach den jüngsten Auslassungen des englischen Schatzsekretärs sei wenig zu hoffen. Die Bekämpfung der Nothlage der Landwirthschaft in wirksamer Weise würde nur durch den Antrag Kanitz geschehen können. Werde nichts zur Hebung der Landwirthschaft gethan, dann stehe der Untergang der Landwirthschaft und damit der des Staates bevor. Redner empfiehlt darauf eine Resolution, worin zur Hebung der Landwirthschaft verlangt wird: 1) Absetzung der Meistbegünstigung an außereuropäische Konkurrenzgebiete, ferner ein Zusammenschluß der europäischen Kulturländer zu einer Zollunion, 2) die internationale Regelung der Währungsfrage, 3) zur schleunigen Abhilfe auf Grundlage des Antrages Kanitz beruhende Maßnahmen, zur direkten Lösung der Frage. Die Resolution fordert die Regierung auf, im Sinne des dritten Punktes eine Eingabe an den Reichstag und Bundesrath zu richten.

— In der Angelegenheit des Zeremonienmeisters v. Kotze ist, dem „Kl. J." zufolge, nunmehr auf Donnerstag den 7. d. Mts., der Termin zur Hauptverhandlung angesetzt worden. Das zuständige Kriegsgericht hat drei Verhandlungstage in Aussicht genommen. Da vor dem Krigsgericht kein Vertheidiger zuläßig ist, wird Herr v. Kotze seine Vertheidigung führen.

— Der Verein der Deutschen Zeitungsverleger trat heute im Westminster-Hotel zur Generalversammlung zusammen. Es wurde beschlossen, in geeigneten Fällen (z. B. grober Unfug, Gerichtsstand der Presse u. s. w.) Preßprozesse auf Vereinskosten bis zur Entscheidung des Reichsgerichts durchzuführen, gleichgiltig ob der Verklagte Mitglied des Vereins ist oder nicht. Ein weiterer Beschluß betraf Eingaben wegen einheitlicher Regelung der Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe (von 6—6 Uhr) und wegen Freigabe des Verkaufs von Zeitungen auf den Bahnhöfen an Sonn- und Festtagen während der ganzen Dauer des Tages. Die Berathungen werden morgen fortgesetzt.

Hamburg, 5. März. In der heutigen geheimen Sitzung des Aufsichtsraths und Vorstandes der hamburgisch-amerikanischen Packetfahrtaktien-Gesellschaft wurde beschlossen, für das verflossene Geschäftsjahr von der Auszahlung einer Dividende Abstand zu nehmen und den Reingewinn im Betrage von etwa 2½ Millionen für Abschreibungen zu verwenden.

Ausland.

Rom, 4. März. Die Universitäten von Rom und Neapel sind heute wieder eröffnet worden. Ein Zwischenfall ist hierbei nicht vorgekommen.

Rochefort sur Loire, 5. März. Durch Unvorsichtigkeit eines Dienstboten entstand gestern ein Brand in dem Gebäude der Seepräfektur. Das Dach und zwei Zimmer des ersten Stocks sind ausgebrannt. Das Marinearchiv ist gerettet.

Brüssel, 4. März. Die Nachricht, daß die Regierung beabsichtige, die Kongovorlage zurückzuziehen, wird als unbegründet erklärt; ebenso wird die Nachricht von Meinungsverschiedenheiten im Kabinet als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

London, 4. März. Der Chirurg Sir William Savory ist gestorben.

London, 4. März. Das Ergebniß der Wahlen zum Londoner Grafschaftsrathe ist, daß 59 Gemäßigte und 59 Progressisten gewählt sind. Erstere gewannen 23 Sitze. Die endgiltige Zusammensetzung des Grafschaftsrathes hängt von der Wahl 9 neuer Aldermen ab; wahrscheinlich wird sich eine Mehrheit von 7 Fortschrittlern ergeben.

London, 5. März. Der Zustand Lord Roseberys hatte sich heute früh in jeder Beziehung gebessert.

London, 5. März. Wie dem Reuterschen Bureau aus Camp Sherannin von vorgestern gemeldet wird, sind die Waziri jetzt mit den ihnen aufgelegten Bedingungen völlig einverstanden.

Petersburg, 5. März. Der deutschen St. Petersburger Zeitung zufolge besteht die Absicht, dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage eine werthvolle Ehrengabe zu überreichen. Die deutschen Kolonien von Petersburg, Moskau, Riga, Reval, Charkow, Baku und anderen Städten Rußlands werden sich daran betheiligen. Ueber den Charakter der Gabe theilt das Blatt nichts mit, erwähnt vielmehr nur, daß das Geschenk in sinniger Weise an das Land erinnere, aus dem es stammt. Das Geschenk wird von einer Abordnung überbracht werden. Den Geburtstag wird die hiesige deutsche Kolonie durch eine große Festversammlung beehren.

Petersburg, 5. März. Der „Regierungsbote" theilt mit, der Justizminister lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse, unter welchen Olga Palem, die der Ermordung des Studenten Downar in der Nacht zum 19. Februar angeklagt war, in einer, unter Zuziehung von Geschworenen abgehaltenen Verhandlung des Petersburger Gerichtes freigesprochen wurde, obgleich die Thatsache schweren Verbrechens vorlag. Der Minister beauftragte den Prokurator, gegen das Urtheil Protest beim Senat einzulegen, an den die Angelegenheit zur Revision gelangt.

Provinzialnachrichten.

□ **Culmsee**, 5. März. (Verschiedenes.) In der am Sonntag im Vereinslokale Villa nova abgehaltenen Generalversammlung des Kriegervereins wurde Herr Lehrer Polaszek zum Schriftführer gewählt. Dem Rendanten, Herrn Kaufmann Moldenhauer, wurde nach Prüfung der Rechnungen und Beläge Entlastung ertheilt. — Am Montag fand im Lokale des Herrn Kaufmann von Preetzmann die Generalversammlung der freiwilligen Feuerwehr statt, in welcher der Kassirer Herr Kaufmann M. Jacobsohn Bericht erstattete über den Stand der Kasse, speziell über die Einnahmen und Ausgaben beim letzten Vergnügen. — Heute wurde von einem schnellfahrenden Schlitten ein zur Schule gehendes siebenjähriges Mädchen, Tochter des Uhrmachers Herrn Jasinski, überfahren; zum Glück sind die Verletzungen des Kindes nicht bedeutend. — Unsere Stadt ist seit gestern durch die starken Schneeverwehungen vollständig vom Außenverkehr abgeschlossen. Sämmtliche von vier Richtungen nach hierher abgelassenen Eisenbahnzüge sind im hohen Schnee, zum Theil mitten im freien Felde, stecken geblieben und können weder vor- noch rückwärts. Das reisende Publikum muß, soweit der Raum gestattet, in den Wartezimmern der Bahnhöfe, oder in den nächstgelegenen Ortschaften Unterkunft suchen. Mehrere in Wroslawken sitzen gebliebene Geschäftsreisende haben die hiesigen Hotelwirthe telegraphisch um Schlitten zum Abholen gebeten. Heute entsandte die hiesige Polizeiverwaltung größere Trupps Arbeiter nach allen Geleisrichtungen zur Freilegung der tief im Schnee steckenden Eisenbahnzüge. — Ein unverbesserlicher Bursche ist der schon eine Zeitlang in der Irrenanstalt in Schwetz gewesene Arbeiter Grüneberger. Es ist noch nicht lange her, als er mit noch einem Taugenichts dem Ackerbürger K. ein Schwein aus dem Stalle stahl, das beide per Schlitten nach Thorn brachten, um es dort zu veräußern, wobei man den G. festnahm, ihn aber nach Feststellung seiner Unzurechnungsfähigkeit wieder freiließ. In diesen Tagen stahl er dem auf einer

Geschäftsreise befindlichen Fleischermeister B. aus Mocker, der den G. unterwegs antraf und ihn auf sein vieles Bitten auf seinem Wagen mitnahm, aus einer offen liegenden Geldkatze den Betrag von 180 Mk. Dem B. ist es gelungen, 120 Mark von der entwendeten Summe wieder zu bekommen. — Durch leichtsinniges Spielen mit einem geladenen Tesching ist dem beim Bäckermeister R. beschäftigten Lehrling S. ein Unfall zugestoßen. Er machte sich mit der Schußwaffe zu schaffen, wobei ihm ein Schuß in den Oberschenkel drang. Infolge dieser Verletzung mußte der leichtfertige Schütze ins hiesige Krankenhaus gebracht werden.

z **Culmer Stadtniederung**, 5. März. (Viehändler) kauften in diesen Tagen bei guten Preisen viele hochtragende Kühe, fette und Faselschweine. Gestern wurde dieses Vieh nach Culm geliefert, um nach Berlin verladen zu werden.

Elbing, 3. März. (Der Aufruhrprozeß) gegen Magdanz und 20 Genossen hat in den vier festgesetzten Verhandlungstagen noch nicht beendet werden können und es mußten die Verhandlungen gestern gegen 9 Uhr abends auf Montag vertagt werden.

Danzig, 4. März. (Provinzialausschuß.) Der Vorsitzende des Provinzialausschusses der Provinz Westpreußen, Herr Graf Rittberg-Stangenberg, welcher nach dem Rücktritte des Oberbürgermeisters von Winter im Februar 1890 gewählt wurde, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. Der morgen zusammentretende Provinzial-Landtag wird daher eine Neuwahl für dieses wichtige Amt vorzunehmen haben.

Heydekrug, 4. März. (Einen seltenen Besuch) erhielten während der Frosttage die Bewohner des Dorfes Karkeln am Kurischen Haff; es erschienen nämlich an drei Tagen Ende Februar daselbst nicht weniger als sechszehn Elche, welche, durch Hunger ermattet, hilfesuchend die Dorfstraße entlang schritten. Vor einem am Haffufer stehenden Heuschober machten die Thiere Halt und begannen mit einem wahren Heißhunger das Heu zu verzehren, nicht der Hunde und Menschen achtend, welche sie umgaben. Nachdem die Elche sich gesättigt hatten, trabten sie wieder gemächlich der nahen Ibenhorster Forst zu. Auf die Anzeige des Besitzers des Heuschobers ist demselben der Werth des von den Thieren verzehrten Heues von der Oberförsterei Ibenhorst sofort erstattet worden.

Königsberg, 4. März. (Schenkung.) Der verstorbene Kommerzienrath Dr. Simon hat der Stadt 150 000 Mk. vermacht, von denen 100 000 Mk. für Armen- und 50 000 Mk. für Kunstzwecke verwendet werden sollen.

Königsberg, 5. März. (Sensationelles Gerücht.) Gestern war hier das Gerücht verbreitet, Oberpräsident Graf Udo zu Stolberg habe den König um seine Entlassung gebeten. Eine Bestätigung der Nachricht fehlt noch.

Inowrazlaw, 4. März. (Personalie.) Herr Ober-Zollinspektor Regierungsassessor Dr. Scepanski ist als Ober-Steuerinspektor nach Neuwied a. Rh. versetzt.

Posen, 4. März. (Ein recht beklagenswerther Unglücksfall), welcher das Leben eines Soldaten zum Opfer gefordert hat, hat sich, wie wir schon kurz gemeldet haben, am Sonnabend während der Garnisonübung unweit Naramowice ereignet. Beim Entladen der Gewehre ging einem Mann der 6. Kompagnie des 47. Infanterieregiments, welcher im zweiten Gliede stand, die Ladung (Platzpatrone) los, deren Holzgeschoß dem im ersten Gliede stehenden Gefreiten Dopschall ins Genick drang. Der Schwerverletzte wurde sofort nach dem Garnisonlazareth übergeführt, wo er in der nächsten Nacht der Verletzung erlegen ist. Dem Verstorbenen wird von seinen Vorgesetzten und Kameraden das Zeugniß ausgestellt, daß er ein sehr pflichttreuer Soldat gewesen ist. Der Schuldige ist ein Rekrut; er soll nicht im Stande gewesen sein, mit den erkalteten Händen das Gewehr bei der Entladung vorschriftsmäßig zu handhaben. So wäre das traurige Ereigniß nicht auf grobe Fahrlässigkeit, sondern auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen.

Stolp, 4. März. (Verkehrsstörungen.) Es herrscht hier ein heftiger Schneesturm. Die Eisenbahnstrecken Stolp-Stolpmünde, Stolp-Zollbrück, Schlawe-Bütow und Schlawe-Rügenwalde sind gesperrt. Die Personenzüge liegen auf mehreren Strecken seit heute Mittag fest.

18. westpreußischer Provinziallandtag.

Danzig, 5. März.

Zur heutigen Eröffnungssitzung hatte, wie immer, das Landeshaus Flaggenschmuck angelegt und die Abgeordneten, sowie die königlichen Kommissarien waren in Frack und in dem Schmucke ihrer Orden erschienen. Um 12 Uhr mittags betraten den Sitzungssaal der königliche Kommissar Herr Oberpräsident Dr. von Goßler, begleitet von den Herren Oberpräsidialrath von Busch und Regierungsrath Dr. Delbrück, und der Landtag wurde nun durch folgende Ansprache eröffnet:

„Hochgeehrte Herren! Als königlicher Kommissarius habe ich die Ehre, die Herren Vertreter der Provinz von Neuem herzlich willkommen zu heißen. Mit dankbarer Freude weilen unsere Blicke auf den sonnigen Septembertagen des verflossenen Jahres, in denen unser erlauchtes Kaiserpaar unsere Provinz durch seinen Besuch beglückte und allerhöchst seiner huldvollen Theilnahme an dem Wohlergehen aller Schichten der Bevölkerung unvergeßlichen Ausdruck gab. Die Worte, welche Seine Majestät in dem Hochschlosse der Marienburg an uns richteten, werden alle Zeit einen Merkstein in der Geschichte Westpreußens bilden und an uns ist es, der königlichen Erwartung, daß wir an den Gestaden der Weichsel Hüter deutscher Gesittung und deutscher Treue sein sollen, zu entsprechen.

Auch ein anderes kaiserliches Wort, welches hier in diesem Saale gesprochen wurde, wacht mit erneuter Kraft in unserer Erinnerung auf, — die Aufforderung an die „kernigen Westpreußen“, ihrem Landesvater bei seinem unausgesetzten Bestreben, die Wohlfahrt aller seiner Unterthanen zu fördern, mit Hingebung zu unterstützen. Wir gedenken dieses Beweises von Vertrauen um so lebhafter, je schwerer wir unter der Ungunst der wirthschaftlichen Entwickelung leiden und je mehr wir der Fürsorge des Königs und seiner Regierung bedürfen.

Angesichts des Druckes, welcher hart auf allen Gebieten erwerbender Thätigkeit in unserer Provinz, vor allem auf dem landwirthschaftlichen Gewerbe lastet, stehen die Vorschläge zur Förderung der Erwerbsverhältnisse im Vordergrund des Interesses.

Dank Ihrer vorjährigen Bewilligungen wird der Ausbau der Verkehrsstraßen eine weitere, in den betheiligten Kreisen ersehnte Vervollständigung erfahren. Wenn schon in den letzten Jahren immer reichere Mittel zur Förderung von Landesmeliorationen verwendet worden sind, so eröffnet sich jetzt ein neuer Weg zur leichteren Durchführung von Bodenverbesserungen, indem die Staatsregierung nicht unbeträchtliche Summen für diesen Zweck unter der Voraussetzung flüssig zu machen bereit ist, daß auch seitens der Provinz entsprechende Beträge zur Verfügung gestellt werden. Ueber die Formen, unter denen die Bewilligung sich vollziehen soll, bestehen allerdings noch zur Zeit Bedenken, — an der Hoffnung muß jedoch festgehalten werden, daß ein Ausweg sich finden läßt, um unserer Provinz die Wohlthaten des neuen Meliorationsfonds zu sichern.

In wenigen Wochen wird unser heimatlicher Strom seine Fluten im neugeschaffenen Bette der Ostsee zuführen, und im Laufe dieses Jahres die untere Danziger Weichsel gegen den Fluß einen sicheren Abschluß erhalten. Der Vollendung dieses großen Werkes gedenken wir mit dem herzlichen Wunsche, daß die Hoffnungen, welche sich an seine Vollendung knüpfen, in vollem Maße in Erfüllung gehen und unserer Provinz die Wiederkehr eines so schweren Unglücks erspart bleiben möge, wie solches vor sieben Jahren zur Regulirung der Weichselmündung den Anlaß gegeben hat.

Den Mittelpunkt Ihrer Berathungen bildet die Vorlage über die Landwirthschaftskammer. Je mehr Anlaß besteht, den Werth dieser Organisation des landwirthschaftlichen Gewerbes vom provinziellen Standpunkt zu beurtheilen, um so schwieriger gestaltet sich die Entscheidung als es sich um das Weiterbestehen des Centralvereins westpreußischer Landwirthe handelt, dessen stetig wachsende Thätigkeit immer uneingeschränktere Anerkennung gefunden hat. Eingehender Erwägung wird es daher bedürfen, ob die Vorzüge der gegenwärtigen Vereinsbildung, unter Erhaltung seiner arbeitsfreudigen Sektionen und der lebensvollen Beziehungen zu den Kreis- und Ortsvereinen, mit den Vortheilen, welche das Gesetz durch Verleihung einer gesicherten Stellung im öffentlichen Rechtsleben darbietet, in gedeihliche Verbindung gebracht werden können.

Der Provinzialausschuß hat sich für die Bejahung dieser Frage entschieden. An seiner Spitze vermissen wir zu unserem lebhaften Bedauern heute den Mann, welcher 50 Jahre lang in Staats- und Provinzialämtern sein Leben dem Wohle Westpreußens gewidmet und mit Erfolg es verstanden hat, die mit der Schaffung neuer Verhältnisse stets verbundenen Schwierigkeiten durch Gerechtigkeit und Milde auszugleichen.

In der bewährten Ueberzeugung, daß, wie bisher, die Rücksicht auf das Wohl der Provinz Ihre Berathungen leiten wird, und mit dem herzlichen Wunsche, daß Ihre Beschlüsse das Wohl der westpreußischen Heimat fördern mögen, erkläre ich im allerhöchsten Auftrage den 18. Provinzial-Landtag für eröffnet.“

Das Alterspräsidium übernahm darauf Geh. Regierungsrath Engler-Berent, welcher ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Zum Vorsitzenden des Provinzial-Landtages wurde dann Herr v. Graß-Klanin, zu dessen Stellvertreter Herr Geh. Regierungsrath v. Gramatzki wiedergewählt.

Es folgten die Kommissionswahlen und zwar wurden durch Akklamation gewählt in die Redaktionskommission die Abgg. Albrecht-Suzemin, Damme, Löhrke und Keyserlingk; in die Wahlprüfungskommission die Abgg. v. Brünneck, Höne und Löhrke; in die Petitionskommission die Abgg. Plehn-Krastuden, Dommes, Sieg, Dr. Albrecht-Putzig und Dr. Brückner.

Die nächste Sitzung findet morgen 12 Uhr mittags statt.

Heute nachmittags 5 Uhr findet zu Ehren des Provinzial-Landtages ein Festmahl beim Herrn Oberpräsidenten v. Goßler statt.

Lokalnachrichten.

Thorn, 6. März 1895.

— (Petition.) Der Landwirthschaftliche Verein Culm hat sich der Petition des Thorner Landwirthschaftlichen Vereins betreffs der Reform der Zuckersteuergesetzgebung angeschlossen und dieselbe durch Hinzufügung folgender Sätze noch erweitert: Für den Fall, daß an der beabsichtigten Kontingentirung der Produktion in fiskalischem Interesse festgehalten werden müsse, halte der Landwirthschaftliche Verein Culm eine Kontingentirung in der Weise für am richtigsten, daß der Durchschnitt der Produktion der letzten fünf Jahre jeder Fabrik, mit Ausschluß des höchsten und niedrigsten Jahres, in Anrechnung gebracht wird. Außerdem empfiehlt der Landwirthschaftliche Verein Culm den ersten Absatz in § 68b des Zuckersteuergesetzes vom 31. Mai 1891 in folgender Weise umzuändern: der Bundesrath ist verpflichtet, die Ausfuhrzuschüsse vorübergehend oder dauernd zu erhöhen oder zu ermäßigen resp. ganz aufzuheben, sobald die mit dem deutschen Zucker auf dem Weltmarkte konkurrirenden Rübenzuckerländer, oder wenigstens die wichtigsten unter ihnen, ihre Ausfuhrzuschüsse oder Vergünstigungen entsprechend erhöhen, ermäßigen oder aufheben.“ Zweck dieser Aenderung resp. Einschaltung ist: etwaigen Erhöhungen der Prämien in anderen Ländern, ohne Zuziehung des Reichstages, folgen zu können. Der Verein hofft dadurch von vornherein einem weiteren Wettstreit in Erhöhung der Prämien vorzubeugen, und die schnellere allgemeine Aufhebung der Prämien herbeizuführen.

— (Handelskammer.) In der gestrigen Sitzung erstattete der Vorsitzende Herr H. Schwartz jr. Bericht über die Verhandlungen des deutschen Handelstages, denen er als Delegirter der Kammer beigewohnt hat. — Die Handelskammer Offenbach am Main will beim Reichstage petitioniren, daß der Zoll auf Baumwollensamenöl, der jetzt von 4 auf 10 Mark erhöht werden soll, in der bisherigen Höhe behalten wird. — Die Kammer tritt dieser Petition bei. — Auf die Eingabe einer hiesigen Firma wird die Kammer bei der Warschauer Bahn dahin vorstellig werden, daß die Zugverbindung von der Grenze nach Lodz verbessert wird; bis jetzt fehlt es an direkten Anschlüssen auf den Uebergangsstationen, so daß die Reisen für die Thorner Geschäftsleute sehr zeitraubend sind. — Einer an den Reichstag zu richtenden Petition der Handelskammer Frankfurt a. M. um Errichtung eines Reichszolltarifamts schließt sich die Kammer an. — Wie ferner mitgetheilt wurde, ist ein neuer Ausnahmetarif für die Beförderung von Zucker von Deutschland nach Basel für die Stationen des Eisenbahndirektionsbezirks Bromberg in Kraft getreten. — Von dem Beitritt zu einer Petition der Handelskammer Halle um Erlaß schärferer Bestimmungen gegen die Konsumvereine nahm die Kammer Abstand, da in unserer Gegend Konsumvereine nicht bestehen, dagegen wurde eine Petition der Handelskammer Berlin wegen Abänderung einer Reihe von Bestimmungen des neuen Stempelsteuergesetzentwurfs beigetreten. — Zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens ist eine Vereinigung angeregt, welcher auch die hiesige Handelskammer beitreten wird. Hier in Thorn veranstaltet der kaufmännische Verein alljährlich einen Kursus zur Fortbildung für kaufmännische Lehrlinge, der jedoch immer nur eine schwache Theilnahme aufzuweisen hat, obwohl sich nicht sagen läßt, daß die jungen Kaufleute hier im allgemeinen ausreichende Kenntnisse besitzen. — Am 25. März feiert Herr Obergrenzkontroleur Lentz sein 50jähriges Dienstjubiläum. Zu Ehren des verdienten Beamten wird ein Festessen stattfinden, an dem auch der hiesige Kaufmannsstand zahlreich theilnehmen wird. Die Handelskammer wird bei dem Festmahl entweder durch ihren Vorsitzenden oder durch Herrn Matthes vertreten werden. — Schließlich machte der Vorsitzende Mittheilung von dem auf die Eingabe bezüglich der Kleieeinfuhr eingegangenen Bescheid des Herrn Finanzministers, wonach es gegenwärtig der Erwägung unterliegt, ob die vom Bundesrath erlassenen Vorschriften für die Kontrole der Kleieeinfuhr zu ändern sind. — Nach einer Mittheilung des Reichspostamts sind alle Postbehörden angewiesen worden, fortan auch die Postkarten mit dem Ankunftsstempel zu versehen. Eine diesbezügliche Petition hatte auch die hiesige Handelskammer eingereicht.

— (Vaterländischer Frauenverein.) Unterstützungen sind seit dem 5. Februar d. J. gewährt: baar 89,80 Mk. an 32 Empfänger, Lebensmittel 100 Rationen im Werthe von 67,30 Mk., 67 Anweisungen auf die Volksküche im Betrage von 10 Mk., 7 Genesende erhielten in 47 Häusern abwechselnd Mittagstisch, Milch für Kranke und Säuglinge in 6 Fällen im Betrage von 12 Mk., 2 Flaschen Wein an 3, 2 Flaschen Saft an 4 Kranke, Kleidungsstücke an 8, 40 Ctr. Kohlen an 38 Empfänger. Der Vereinsarmenpflegerin (Schwester Emma Grunwald, Strobandstr. 4) gingen an außerordentlichen Zuwendungen zu: 45 Mk. von 4, Kleidungsstücke von 6, 3 Flaschen Wein von 2, 20 Pfd. Reis von einer Geberin. Die Vereinsarmenpflegerin machte 123 Pflegebesuche. — In der Hauptversammlung am 5. d. M. wurde die Rechnung für 1894, welche eine Einnahme von 4348,10 Mk., eine Ausgabe von 3196,13 Mk. und einen Ueberschuß von 1151,97 Mk. ergab, entlastet. Der Voranschlag für 1895 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 4032 Mk. festgestellt und der bisherige Vorstand durch Zuruf wiedergewählt. Der vom Schriftführer vorgelegte Jahresbericht soll in 500 Exemplaren gedruckt und verbreitet werden.

— (Der katholische Lehrerverein) hielt am Sonntag den 3. März im Saale des Herrn Nicolai eine Sitzung ab. Herr Lehrer Rüsing-Mocker sprach über das Leben und Wirken des Silvio Antoniano, eines katholischen Pädagogen des 16. Jahrhunderts, sowie über dessen bedeutendstes Werk „die christliche Erziehung der Kinder.“ Redner hatte den letzten Theil seines Vortrages nach folgenden Gesichtspunkten geordnet: Was hat Antoniano verlangt? Inwieweit ist das Geforderte erreicht, und wie stellen wir uns zu seinen Forderungen? Zugleich wies Redner nach, daß Antoniano in vielfacher Beziehung Ratichius, Comenius, Pestalozzi und anderen Pädagogen vorangeeilt sei. Unter anderem verlangte er schon, daß der Unterricht dem fortschreitenden Entwickelungsgange der kindlichen Natur folge, daß man Rücksicht nehmen solle auf Alter, Geschlecht und Individualität der Kinder, daß man endlich anschaulich unterrichte. Die körperliche Züchtigung solle soviel als möglich vermieden werden. Interessant ist, was Antoniano, der schon damals einen allgemeinen Schulzwang für Knaben und Mädchen verlangte, über die Bildung der letzteren sagte. Das Mädchen sei nicht dazu da, durch Wissenschaften zu glänzen; sein Wirkungskreis sei sehr eng gezogen, da er sich in der Hauptsache darauf beschränkte, dem Hauswesen vorzustehen. Diese Aufgabe setze allerdings ein gewisses Maß von Bildung voraus, welches dem Mädchen zu theil werden solle; Hauptsache aber bleibe die Erziehung zur Arbeitsamkeit, Einfachheit und Bildung des Herzens und Gemüths. Das Kapitel über die Mädchenerziehung schließt mit folgenden Worten: „Die Frau soll bei jenen Beschäftigungen bleiben, die ihrem Geschlechte eigen und angemessen sind, dagegen jene, die den Männern zukommen, diesen überlassen.

— (Handwerkerverein.) Morgen, Donnerstag findet eine Generalversammlung statt, auf deren Tagesordnung die Wahl des Vorstandes steht.

— (Einjährig-Freiwilligen-Prüfung.) Die diesjährige Prüfung für die Einjährig-Freiwilligen findet am 22. und 23. d. M. in Marienwerder statt.

— (Verkehrsstörungen.) Infolge Schneeverwehungen waren gestern folgende Bahnstrecken gesperrt: Thorn-Graudenz, Unislaw-Damerau, Berent-Schöneck, Marienburg-Christburg, Praust-Carthaus. Der Nachtschnellzug Berlin-Königsberg blieb in der Nacht zum Dienstag bei Altfelde in der Nähe von Elbing stecken und konnte erst nach fünfstündiger Arbeit aus den Schneemassen befreit werden. Auf der Strecke Thorn-Graudenz ist der Betrieb auch heute noch nicht ganz eröffnet.

— (Die Influenza) verlangt gegenwärtig viele Opfer. Als gutwirkendes Mittel gegen die Influenza und zugleich als zuverlässiger Bekämpfer von Husten und Schnupfen hat sich das Salipyrin bewährt, eine Verbindung der Salicylsäure mit dem Antipyrin. Seine nervenberuhigende und schlafbringende Eigenschaft zeigt das Mittel schon nach Gaben von 1/2 Gramm und beseitigt in dieser Menge sehr häufig Kopfschmerzen, auch solche, die mit Influenza nicht in ursächlicher Verbindung stehen.

— (Unfall.) In der Schuhmacherstraße kam gestern Vormittag ein Herr an einer glatten Stelle des Trottoirs zu Fall. Er fiel in das Schaufenster des Herrn Kaufmann Sakriß, welches er zertrümmerte, und erlitt einige leichte Hautabschürfungen.

— (Zum gerichtlichen Verkauf) des dem Landwirth Siegesmund Thimian gehörigen Grundstücks in Mocker hat heute Termin angestanden. Es wurde nur ein Gebot abgegeben und zwar von dem Tischlermeister Herrn Peltz in Thorn als Realgläubiger mit 64 Mk. Viele Kapitalien fallen aus.

— (Die Maul- und Klauenseuche) ist unter dem Rindvieh des Gutes Mirakowo erloschen.

— (Steckbrief.) Der Bäckergeselle Konrad Seidig, gegen welchen die Untersuchungshaft wegen Beleidigung verhängt ist, wird von der hiesigen kgl. Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt.

— (Polizeibericht). In polizeilichen Gewahrsam wurde eine Person genommen.

— (Gefunden) ein schwarzer Muff in der Heiligengeiststraße, ein Kindergummischuh im Rothenwege, ein Mundstück von einer Trompete am Stadtbahnhof und ein Arbeitsbuch für Friedrich Maciejewski am Postschalter. — Zurückgelassen ein Muff auf einem Handwagen auf dem Altstädt. Markt. Näheres im Polizeisekretariat.

— (Von der Weichsel). Der heutige Wasserstand betrug mittags am Windepegel der königl. Wasserbauverwaltung 1,82 Meter über Null.

Mannigfaltiges.

(Zum Geburtstag Bismarcks.) Die Getreuen zu Jever haben nach den „Münchener N. Nachr.“ als Begleitvers der Kibitzeiersendung an den Fürsten Bismarck folgende Widmung bestimmt: „Achtzig Jaohr', ne lange Tied, For't Vaterland in Sorg und Fliet. (Fleiß) Gott laot' uns dat Geburtstagskind, Bis dat et hundert und eene sind!“

(Das stärkere Auftreten der Influenza) ist jetzt aus den Tabellen des statistischen Amtes der Stadt Berlin ersichtlich. Während in der Woche vom 10.—16. Februar nur fünf Todesfälle vorgekommen sind, wurden vom 17.—23. Februar für die meist lediglich aus Grippefällen bestehende Rubrik „Andere Infektionskrankheiten“ nicht weniger als 27 Sterbefälle ärztlich gemeldet.

(In Sachen der verhafteten Gräfin Perponcher) hört die „Post“, daß nunmehr jeder Zweifel über den Personenstand der Verhafteten schwinden muß, da sie in der That die rechtmäßige Gattin des ehemaligen Referendars Grafen P. ist.

(Schneeverwehungen.) Aus Freiwaldau meldet die „Schles. Ztg.“, daß wegen kolossaler Schneeverwehungen der Verkehr nach allen Richtungen gesperrt ist. In einer Schulklasse erschienen gestern von 85 Kindern nur 5.

(Eisenbahnunglück.) Der Montag nachts von Hamburg in Lübeck eintreffende Schnellzug verunglückte bei der Einfahrt in den Bahnhof. Drei Wagen wurden umgestürzt. Von den Passagieren wurden einer schwer und drei leicht verletzt.

(Erstochen.) In dem bei Bochum gelegenen Orte Bickern wurde nach einem geringen Wirthshausstreit ein Klempnergeselle von einem anderen Gaste in der belebtesten Straße erstochen. Der Mörder ist verhaftet.

(Infolge starker Schneestürme) sind die Züge der österreichischen Südbahn weder eingetroffen noch abgegangen. Im ganzen Küstengebiet und in Oberitalien herrschen Schneestürme. Die Dampfer aus Dalmatien und Oberitalien sind überfällig.

(Ein 133 Jahre alter Greis) wurde, wie der „Sibirski Westnik“ schreibt, unlängst in das Krankenhaus zu Tomsk geschafft. Er wurde im Jahre 1856 wegen Pferdediebstahls nach Sibirien geschickt, als er nach seiner Legitimation 95 Jahre alt war.

Briefkasten.

Herrn Hauptmann M., hier. 1) In Paragraph 1 ist das Wort „Eigenthum“ seinem vollen Sinne nach aufzufassen. Paragraph 1 und 8 sind von einander unabhängig. 2) Ja.

Neueste Nachrichten.

Madrid, 6. März. Der Kriegsminister dementirte in der Kammer die Nachricht von dem Tode des Generals Lachambre. Auf Kuba ergab sich der Rebellenführer Yagney. Der Aufstand in Matanzas ist beendet. Die spanischen Truppen schalten in Guantanamo ungestört. Die dortigen wenig zahlreichen Aufständischen vermeiden einen Zusammenstoß. Drei Kanonenboote überwachen die Küste bei St. Jago und Kuba.

Lowestoft, 5. März. Das Fischerboot „Valkyrie“ brachte heute den Leichnam Pschunders, Oberstewarts der „Elbe“ ein.

Verantwortlich für die Redaktion: Heinr. Wartmann in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	6. März.	5. März.
Tendenz der Fondsbörse: fest.		
Russische Banknoten p. Kassa	219—20	219—20
Wechsel auf Warschau kurz	219—	218—80
Preußische 3 % Konsols	98—90	99—
Preußische 3½ % Konsols	104—60	104—70
Preußische 4 % Konsols	105—70	105—70
Deutsche Reichsanleihe 3 %	98—60	98—75
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	104—75	104—75
Polnische Pfandbriefe 4½ %	69—60	69—
Polnische Liquidationspfandbriefe	67—60	—
Westpreußische Pfandbriefe 3½ %	102—10	102—20
Diskonto Kommandit Antheile	207—50	207—
Oesterreichische Banknoten	165—30	165—35
Weizen gelber: Mai	140—25	141—25
Juli	140—70	142—
loko in Newyork	60⅜	60⅞
Roggen: loko	117—	117—
Mai	120—	121—25
Juni	120—75	121—75
Juli	121—50	122—50
Hafer: Mai	106-138	106-138
Juni	114—50	115—
Rüböl: Mai	42—80	42—80
Juni	42—90	42—90
Spiritus:		
50er loko	52—40	52—40
70er loko	32—90	32—90
70er März	37—50	37—60
70er Mai	38—20	38—50

Diskont 3 pCt., Lombardzinsfuß 3½ pCt. resp. 4 pCt.

Königsberg, 5. März. Spiritusbericht. Pro 10 000 Liter ohne Faß fester. Zufuhr 10 000 Liter. Gekündigt 10 000 Liter. Loko kontingentirt 50,75 Mk. Br., 50,25 Mk. Gd., —,— Mk. bez., nicht kontingentirt 31,25 Mk. Br., 30,60 Mk. Gd., —,— Mk. bez.

7. März: Sonnen-Aufg. 6.36 Uhr. Mond-Aufg. 12.22 Uhr.
Sonnen-Untg. 5.48 Uhr. Mond-Untg. 5.14 Uhr Morg.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 8. März 1895.

Altstädtische evangelische Kirche: abends 6 Uhr Passionsandacht: Pfarrer Jacobi. Orgelvortrag.

Hausbesitzer-Verein.

Wohnungsanzeigen.

Genaue Beschreibung der Wohnungen im Bureau **Elisabethstraße Nr. 4** bei Herrn Uhrmacher **Lange.**

5 Zimm., 1. Etg., 850 Mk. Schillerstr. 8.
4 Zimm., 2. Et., 600 Mk. Brückenstr. 4.
3 Zimm., 2. Etg., 500 Mk. Schulstraße 20.
5 Zimm., 1. Etg., 500 Mk. Mellienstr. 137.
4 Zimm., Part., 450 Mk. Mellienstr. 137.
4 Zimm., Part., 450 Mk. Mellienstr. 137.
4 Zimm., 1. Etg., 450 Mk. Mellienstr. 137.
4 Zimm., 3. Etg., 442 Mk. Strobandstr. 6.
3 Zimm., Part., 400 Mk. Baderstraße 2.
3 Zimm., 2. Etg., 330 Mk. Mauerstr. 36.
2 Zimm., 2. Etg., 315 Mk. Gerechtestr. 5.
3 Zimm., 1. Etg., 300 Mk. Mellienstr. 66.
2 Zimm., Hochpt., 300 Mk. Mellienstr. 96.
Zwei Uferbahnschuppen, 260 Mk., Baderstr. 10.
2 Zimm., 3. Etg., 240 Mk. Baderstr. 26.
2 Zimm., 3. Etg., 225 Mk. Elisabethstr. 29.
2 „ „ 210 „ Baderstraße 2.
2 Zimm., 1. Etg., 200 Mk. Baderstraße 14.
Comptoir, Part., 200 „ Brückenstraße 4.
2 Zimm., Hof 1., 165 Mk. Baderstr. 4.
Großer Hofraum, 150 „ Baderstraße 10.
Burschengel., Pferdest., 150 Mk., Mellienstr. 89.
1 Zimm. 1. Et., 140 Mk., Heiligegeiststr. 6.
2 Zimm., Part., 120 Mk. Kasernenstr. 43.
1 „ „ 100 „ Gerberstr. 18.
1 Obst-Keller, 75 Mk. Gerberstr. 18.
2 möbl. Z., Pt., 25 Mk. mtl., Strobandstr. 20.
1 „ Part. möbl. 18 „ Strobandstr. 20.
1 gr. Z. u. Zub., 1. Et. Schul-Mellienstr. 93.
2 möbl. Zimm., 1. Et., 15 Mk. Schloßstr. 4.

Konservativer Verein.

Donnerstag den 7. d. M.

Herrenabend

im Schützenhause.

Sonnabend den 9. März
abends pünktlich 6½ Uhr:
Tr.-F.-□ in I.

Landwehr-Verein.

Haupt-Versammlung

am Sonnabend den 9. d. M. abends 8 Uhr im Schützenhause.

Der erste Vorsitzende.
Landgerichtsrath Schultz.

Krieger-Verein

Sonnabend den 9. März cr
abends 8 Uhr:

General-Versammlung

bei **Nicolai.**

7 Uhr: Vorstandssitzung.

Der Vorstand.

Handwerker-Verein.

Donnerstag den 7. März cr.
abends 8¼ Uhr:

Generalversammlung.

Tagesordnung: Vorstandswahl und Wahl der Rechnungsrevisoren.

Der Vorstand.

Täglicher Kalender.

1895.	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
März	—	—	—	—	7	8	9
	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
	31	—	—	—	—	—	—
April	—	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13
	14	15	16	17	18	19	20
	21	22	23	24	25	26	27
	28	29	30	—	—	—	—
Mai	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11

Hierzu Beilage.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.

Beilage zu Nr. 56 der „Thorner Presse".

Donnerstag den 7. März 1895.

Forst- und Landwirthschaft.

(Bequeme Beseitigung von Baumstümpfen.) Für Land- und Forstwirthe ist die Beseitigung von Baumstümpfen meist eine äußerst schwierige und kostspielige Sache. Aber die Baumstümpfe müssen fort, wenn nicht mehrere Quadratmeter Land benachtheiligt werden sollen. Deshalb sei berichtet, daß man in neuerer Zeit Mittel gefunden hat, um die Baumstümpfe bequemer auszuroden. Zur Beseitigung derselben bedient man sich zunächst der dazu konstruirten Stockrodemaschinen. In neuerer Zeit wendet man auch ferner zur Beseitigung starker Stümpfe Dynamitpatronen an. Doktor L. Meyn theilt aber auch, wie in der „D. landw. Pr." erwähnt wird, folgendes mit wenig Kosten verbundenes Mittel zur Beseitigung der Baumstümpfe mit: Man bohre im Herbst ein oder mehrere Löcher in den Baumstumpf, etwa 5 Zentimeter tief, fülle diese mit konzentrirter Salpeterlösung und verschließe sie mit einem hölzernen Stöpsel. Im Laufe des Winters dringt die Salpeterlösung durch die Zellen des Holzes in alle Theile des Stumpfes und der Wurzeln. Im Frühjahr gieße man Petroleum in die gebohrten Löcher und zünde dasselbe an, alsdann verbrennen der ganze Baumstumpf und sogar die tief in der Erde sitzenden Wurzeln infolge des hohen Sauerstoffgehalts des Salpeters, der durch alle Theile gedrungen ist.

(Ueber den Werth des Hühner- und Taubendüngers. Derselbe ist, wie der „Prakt. Wegw." schreibt, fast gleich dem des Guano, nur darf man den werthvollsten Bestandttheil, den Stickstoff, nicht an der Luft verdunsten lassen, sondern muß ihn durch Einstreuen von Gypsmehl, trockener Erde, Torfmull binden. Der Dung von 20 Hühnern reicht hin, einem großen Garten eine volle Düngung zu geben. Wie der Hühnermist aber jetzt von den meisten Landwirthen behandelt wird, hat er nur noch geringen Werth. Es ist also im Interesse der Landwirthschaft dringend zu wünschen, daß die Kraft (Stickstoff) im Hühner- und Taubendünger durch regelmäßiges Einstreuen von Gypsmehl oder trockener Erde konservirt und somit ein kleines Kapital an Düngerkraft gespart wird.

Mannigfaltiges.

(Verkehrsstörungen.) Die „Neisser Ztg." meldet: Infolge großer Schneefälle sind sehr bedeutende Verkehrsstörungen eingetreten. Von sämmtlichen in Neisse fälligen Zügen ist bisher nur der aus Camenz eingetroffen; alle übrigen sind bei Deutsch-Rasselwitz, Tillowitz, Schiedlow und Falkenberg im Schnee stecken geblieben. Bei Deutsch-Rasselwitz und Altgrottkau geriethen auch Züge aus dem Gleise; verletzt wurde dabei niemand.

(Wegen neuer heftiger Borastürme) und außergewöhnlich starker Schneefälle ist auf den Linien der österreichischen Südbahn Laibach-Triest und St.-Peter-Fiume abermals der Gesammtverkehr eingestellt.

(Hochverrathsprozeß.) Vor dem Schwurgericht in Tarnopol begann gestern die Strafverhandlung gegen 26 junge Leute, zumeist Hörer der Lehrerbildungsanstalt in Tarnopol wegen Verbrechens des Hochverraths der öffentlichen Ruhestörung, der Majestätsbeleidigung und Geheimbündelei. Der Anklageschrift zufolge waren die Hörer der Lehrerbildungsanstalt Bieniecki, Krzyworaczka, Chabin, Zubczenski, sowie die Gymnasialschüler Szelag und Pfützner Mitglieder einer geheimen Verbindung „Organisation" zur Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit Polens. Das Ergreifen der Waffen sollte bei diesen irredentistischen Revolutions-Bestrebungen, für welche besonders das Landvolk, die Arbeitsklassen und die Jugend zu gewinnen seien, nicht ausgeschlossen sein. Der Geheimbund umfaßte die Stadt Lemberg, wo 1892, 1893 und 1894 Delegirtentage stattfanden und hatte Kreis-Filialen in Przemysl und Tarnopol. Gegen den Tarnopoler Katecheten Librewsky, der den Geheimbund aufdeckte, wurde ein Attentat geplant und aus demselben ausgetretene Studenten wurden überfallen und mißhandelt. Die Majestätsbeleidigungen geschahen wiederholt in den Versammlungen des Bundes.

(Der Hamburger Schnelldampfer „Augusta Viktoria") traf am Sonntag von Athen kommend, in Konstantinopel ein, und unternahm zunächst bei herrlichstem Wetter eine Fahrt durch den Bosporus. Nachdem das Schiff in den Hafen gekommen, ließ der Sultan die Passagiere durch seinen Adjutanten begrüßen und lud sie zur Besichtigung seines Palastes und seiner Gärten ein.

(Derfflingers berühmtester Nachkomme) ist — Fürst Bismarck, dessen lineale Abstammung von ihm die folgende ist: 1) Catharina Charlotte v. Derflinger, verm. mit Hans von Ziethen, 2) Louise Emilie v. Ziethen, verm. 1697 mit Stephan Berndt v. Dewitz (1672—1728), 3) Sophie Eleonore v. Dewitz, verm. mit Hans Ernst v. Schönfeldt (1712--1781), 4) Christiane Charlotte Gottliebe von Schönfeld geb. zu Werben 25. Dezember 1741, gest. zu Berlin 22. Oktober 1772, verm. mit Karl Alexander v. Bismarck-Schönhausen, geb. 1727, gest. 19. September 1797 auf Schönhausen — dieser ist der Großvater des Fürsten Bismarck.

(Verbot der Ausübung des Hypnotisirens durch Laien.) Im Hinblick auf den vielbesprochenen Prozeß Czynski, bei dessen Beurtheilung sämmtliche ärztliche Sachverständige übereinstimmend die Nothwendigkeit eines Verbotes der Ausübung des Hypnotismus durch Laien ausgesprochen haben, verdient eine soeben von dem ungarischen Minister des Innern, Hieronymi, erlassene Verordnung erwähnt zu werden, in welcher es heißt: In Anbetracht dessen, daß das Hypnotisiren in der Hand eines sachverständigen Arztes zur Heilung von Krankheiten geeignet ist, durch Nichtsachverständige ausgeübt aber die Gesundheit des Hypnotisirten, ja selbst die der Zuschauer in verschiedenem Maße gefährden kann, in Anbetracht dessen ferner, daß die hypnotisirte Person auch zu solchen Handlungen benützt werden kann, welche für sie oder andere verletzend, ev. auch durch die Gesetze verboten sind, verbiete ich 1. das Hypnotisiren durch Personen, welche zur ärztlichen Praxis nicht berechtigt sind, überhaupt; 2. Aerzte können das Hypnotisiren zum Zwecke der Heilung unter Einhaltung folgender Bedingungen ausüben; a) eine großjährige Person darf nicht ohne ihre Einwilligung, eine Minderjährige oder unter Kuratel stehende Person nicht ohne Einwilligung ihrer Eltern, ihres Vormundes oder Kurators hypnotisirt werden; b) das Hypnotisiren ist nur in Anwesenheit einer dritten Person zuläßig. Es folgen die Strafbestimmungen bei Ueberschreitung dieser Verordnung. Es sei hervorgehoben, daß ähnliche gesetzliche Bestimmungen bereits in anderen Ländern wie Belgien, Frankreich und Rußland bestehen.

(Die Gefräßigkeit der Spinnen.) Der berühmte englische Gelehrte Sir Johann Lubbock, wohlbekannt durch seine Studien über die Insekten, hat jüngst das Ergebniß seiner Studien über die Spinnen veröffentlicht. Er wog mehrere von diesen Insekten vor und nach ihrer Mahlzeit ganz genau und kam zu folgendem Schlusse: Wenn der Nahrungsverbrauch der Lebewesen zu ihrem Körpergewichte immer und überall in einem so schreienden Mißverhältnisse stehen würde, wie es bei den Spinnen der Fall ist, so müßte ein erwachsener Mann, um dieselbe Quantität zu essen wie eine Spinne, 2 ganze Ochsen, 13 Ham-mel, 10 Schweine und 4 Tonnen Fische verzehren, und das Alles in 24 Stunden. Man wird also gut thun, in Zukunft nicht mehr von einem „Wolfshunger", sondern von einem „Spinnenhunger" zu sprechen.

(Für das Recht seiner Familie) tritt lebhaft ein Vater ein, der jüngst einem Lehrer aus der Umgegend von Stolzenau (Bezirk Bremen) in einem Briefe folgendermaßen die Leviten las: „Lieber her lerer! Als Unsere Sofi heute Midag so späht aus die schuhle komt, da frache Ich Sie, wo das komt, das Si so späht komt. Sie sacht, Sie hatte nachsiezen mußt, weil Sie den köhnich von Papilon nicht gewußt hatte. Hatten Si mir gefracht, Ich hatte es auch nicht hersachen gekonnt, das Sie darum Eine Halbstun hat Nachsiezen gemußt, das Wahr nich Recht von Ihr. Wen Meine Kinder Dum sind, da können sie nich vor. Wenn Sie aber noch Mal vor solchen Unsihn Nachsiezen lassen, so würde Ich gleich zum Herrn Pastur gehn und Mal frachen, ob Sie darum um sone Kleinigkeit Nachsiezen lassen dürfen. Liber her lerer Härzliche Grüse von Ihren N. N."

Für die Redaktion verantwortlich: Heinr. Wartmann in Thorn.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Da in letzter Zeit wiederholt gegen die Bestimmungen der Bau-Polizei-Verordnung vom 4. Oktober 1881

betreffend das Beziehen von Wohnungen in neuen Häusern oder Stockwerken

gefehlt worden ist, so daß hohe Strafen gegen die Besitzer fetzgesetzt werden mußten, so bringen wir die betreffenden Paragraphen nachstehend in Erinnerung:

„§ 6. Der Bauherr hat von der Vollendung jedes Rohbaues, bevor der Abputz der Decken und Wände beginnt, der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

§ 52. Wohnungen in neuen Häusern oder in neu erbauten Stockwerken dürfen erst nach Ablauf von neun Monaten nach Vollendung des Rohbaues bezogen werden; wird eine frühere wohnliche Benutzung der Wohnungsräume beabsichtigt, so ist die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde dazu nachzusuchen, welche nach den Umständen die Frist bis auf 4 Monate und bei Wohnungen in neu erbauten Stockwerken bis auf 3 Monate ermäßigen kann.

§ 57. Die Nichtbefolgung der in gegenwärtiger Polizei-Ordnung enthaltenen Vorschriften wird, sofern die allgemeinen Strafgesetze keine anderen Strafen bestimmen, mit einer Geldbuße bis zu sechzig Mark bestraft."

Thorn den 4. März 1895.

Die Polizei-Verwaltung.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.